

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Arbeiter-Verlagsanstalt GmbH, Halle, Berkaerstraße 14, Tel.: 210 45 (Held.); 210 47 (Berlag)

Mit dem Arbeiter-Verlag-Verlag „Der Rote Stern“

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den vollen Tag und Spalte; 1 Pf. im Zeitfall. Werbeführer: Arbeiter-Verlag Halle; Commerz- und Verlagshaus Halle, Postfach 20471 Halle-Merseburger Zeitungsvorlag GmbH, Halle, Berkaerstraße 14

Abonnementpreis 15 Pf.

Halle, Donnerstag, 10. Dezember 1931

11. Jahrgang Nr. 231

## Sozialdemokratie für Notverordnung

### SPD-Worker, her zur roten Einheitsfront

(Eig. Drahtm.) Berlin, 10. Dezember.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, kündigt die Fortsetzung der Unterstützung Brüning durch die SPD an. Der „Vorwärts“ wendet sich gegen die Reichstagsabstimmung, die zu einem Sturz der Regierung oder zur Auflösung des Reichstages führen könne. In seiner gestrigen Abendausgabe billigt der „Vorwärts“ ferner das Verbot aller Versammlungen, Flugblätter und Plakate sowie Einziehung von Geschäftsstellen gegen „Staatsgefährdiger“. Die SPD übernimmt damit die volle Verantwortung für die Einziehung der Reichstagsabstimmung, für die Aufhebung des Tarifrechtes, für die Durchlöcherung des Betriebsratsgesetzes, für die Erhöhung der Unfallsteuer, für die Gefährdungen bei den unteren Beamten, für die Verhängung des Ausnahmezustandes zur Verhinderung des Massenprotestes gegen die Notverordnung, für das Verbot der Uniformen und Abzeichen aller proletarischen Organisationen einschließlich der Reichsarbeiter.

Die sozialdemokratischen Arbeiter, denen das „Zupacken“ der Regierung eine neue Lehre gegeben hat, erkennen jetzt durch ihre eigenen bitteren Erfahrungen, daß es nur eine einheitliche Front des Kampfes gibt, die rote Einheitsfront! Schließen an Schulter mit den Kommunisten und bekämpfen die NSD für die Rechte der Arbeiter und der Arbeiterklasse des Proletariats.

### Zwei Jahre keine Betriebsratswahlen mehr

Die neuen Notverordnungen durch die Regierung die Gewerkschaften, die Wahlperiode für die zur Zeit bestehenden Betriebsräte bis Ende 1933 auszu-

dehnen kommt die Brüning-Regierung vollständig den Forderungen des letzten ADGB-Kongresses entgegen, je nach dem Wortlaut der Notverordnung kann sogar eine mäßige Hebererhöhung mit der Formalität des Kongresses der freien Gewerkschaften feststellen.

### So marschieren wir!

(Eig. Meldg.) Dresden, 9. Dezember.

Die Gemeindevorstände in Seitenhof (Sachsen) am 6. Dezember bei ein glänzendem Wahlergebnis für die NSD. Von 1841 abgegebenen Stimmen: Kommunisten 250, Bürgerliche 917 Stimmen. Bei den Reichstagswahlen 1930 erhielten von 1364 Stimmen die Kommunisten 225, Bürgerliche 706.

### Aufgebot der 100000

Unsere Antwort an Brüning

Wir melden aus den Ergebnissen der letzten Tage: In Dresden wurden 14 Neuaufnahmen für die NSD gemacht. Darunter befinden sich 4 Betriebsarbeiter, 10 Arbeiterinnen von der SPD.

Im Saalekreis wurden 28 Neuaufnahmen für die NSD gemacht, darunter jedoch nur drei Betriebsarbeiter.

In Wittenberg wurden 46 Neuaufnahmen für die NSD gemacht, darunter jedoch nur vier Betriebsarbeiter.

In Magdeburg wurden 31 Neuaufnahmen für die NSD gemacht, darunter jedoch nur drei Betriebsarbeiter.

In Halle wurden 14 Neuaufnahmen für die NSD gemacht, darunter jedoch nur drei Betriebsarbeiter.

### Stürmischer Vormarsch der NSD im Ruhrgebiet

Die kommunistische Partei, Bezirk Ruhrgebiet, hat im November 4606 Neuaufnahmen in die Partei zu verzeichnen. Zusammen mit dem Ergebnis im Oktober sind damit im November 9212 neue Parteimitglieder zugeführt worden. Von den Neuaufnahmen sind 4606 Männer und 4606 Frauen.

### „Rote Fahne“ verboten!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 10. Dezember.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Geckler hat heute das Zentralorgan der kommunistischen Partei, die „Rote Fahne“, für 8 Tage bis 17. Dezember verboten. Als Grund des Verbotes wird der Verstoß gegen die Notverordnung in der Mittwoch-Nummer der „Roten Fahne“ bezeichnet.

### Die Empörung in den Betrieben

(Eig. Meldung.) Halle, 10. Dezember.

Die Arbeiter der Engelhardt-Brauerei führten heute früh vier Abteilungsversammlungen durch, in denen Stellung zu der neuen Notverordnung genommen wurde. Es wurde einstimmig beschlossen, eine allgemeine Belegschaftsversammlung durchzuführen, um konkrete Entschlüsse zu fassen. Auch die reformistischen Betriebsräte stimmten der Abhaltung dieser Belegschaftsversammlung zu.

## Nazis wieder als Lügner entlarvt!

So leben die Mansfelder „Betriebsarbeiter“ der Nazis aus — Verkündet die Vorbereitungen der Mansfelder Volksdelegiertenkonferenz und der Bergarbeiterkonferenz am nächsten Sonntag

Halle, 10. Dezember.

Nach dem Aufmarsch der SA- und SS-Gruppen in Braunschweig veröffentlichte die illustrierte Wochenschrift unter anderem das nebenstehende Bild, das eine „Abordnung der Mansfelder Bergarbeiter“ darstellen soll. Dazu wird uns von mehreren Bergarbeitern aus Helbra geschrieben:

„Die Mansfelder Bergarbeiter von Helbra und der nahen Umgebung trafen die Leute, die in Braunschweig in der Bergmannsliste aufgeführt waren, sehr genau. Hier ihre Namen und Berufsbezeichnungen: 1. Richard Franke, Kraftfahrzeugführer; 2. Paul Steppat, Grünwarenhändler; 3. Richard Herrmann, Seltenerwasserfabrikant; 4. Kranke I. Schmitz auf der Kohlhütte — hintere Reihe; 1. Johann Kohn, der einzige Bergmann vom Wolfshof; 2. Leibund, der einzige Bergarbeiter auf der Kohlhütte; 3. hat sich verweigert, wahrscheinlich als SA-Mitglied; 4. Kranke II, Gegenwartsarbeiter auf der Kohlhütte.“



### Aus dem heutigen Jnhalt

Weißgardistische Lockspitzel im Dienste Japans  
Amerikas Hungerarmee marschiert!  
Sowjetflotten im Polarmeer

### Schafft die Millionenfront der NSD!

Halle, 10. Dezember.

In einer Rede, die der Reichsminister Sieger in München gehalten hat, hat derselbe laut Bericht der „Germania“ in bezug auf die Lohnabbau-Bestimmungen erklärt:

„Die Reichsregierung ist in vielfacher Hinsicht weitergegangen, als vor Jahren Mussolini in Italien.“

Diese Charakterisierung der Notverordnung kennzeichnet die Lage vor der gesamten Arbeiterschaft zur Genüge. In der Tat. Die Forderungen der Deutschen Arbeitsgemeinschaft der deutschen Arbeitgebersverbände vom Dezember werden durch die Bestimmungen der Notverordnung über die Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen im weitesten Maße erfüllt.

Der Hauptpunkt der Notverordnung ist die außerordentlich willkürliche Lohnsenkung. Nach der Lohnstatistik des ADGB betrug Ende Dezember 1926 der Tariflohn des männlichen Vollarbeiters im Reichsbereichsamt 87,1 Pfennig. Das würde also im wesentlichen den in der Notverordnung angeführten Termin vom 10. Januar 1927 entsprechen. Die letzte allgemeine Lohnstatistik des ADGB verzeichnet für Juli 1931 einen Stundenlohn, der im Reichsbereichsamt 100,6 Pfennig beträgt. Inzwischen sind die Löhne, wenn auch nicht generell für alle Berufs, so doch im Durchschnitt um weitere 4 Prozent gesunken worden. Der Reichsbereichsamt dürfte jetzt etwa 97 Pfennig pro Stunde betragen. Best man die Zahl zugrunde, so ergibt sich eine durchschnittliche Lohnsenkung von 20 Prozent.

## Maurerpolier auf der Kohlhütte: 3. hat sich verweigert, wahrscheinlich als SA-Mitglied; 4. Kranke II, Gegenwartsarbeiter auf der Kohlhütte.

Es war also bei der „Bergarbeiter“-Delegation ein einziger wirklicher Bergarbeiter dabei.

Zur weiteren Charakterisierung dieser „Bergarbeiter“ sei festgestellt, daß der „Bergmannsliste“

im Reichstage keine Hinweise auf die Bergbauarbeiter der Mansfelder NSD erteilt sind.

Bekanntlich haben diese Obergeordneten im Reichstag den Aktionären der Mansfelder NSD ein allerdings größeres Gehalt in Form der bestimmten Staatssubvention in Höhe von 7 Millionen Mark gemeldet.

### Lügen-Klößner tritt aus NSD aus

(Eig. Meldg.) Freiberg, 9. Dezember.

Der berüchtigte Nazijagator Klößner, der allgemein wegen seiner niederträchtigen Vorgehens gegen die Sowjetunion „Lügen-Klößner“ genannt wird, hat an die hiesige Ortsgruppe der kommunistischen Partei einen Brief gerichtet, in dem er mitteilt, daß er aus der NSD freiwillig ausgetreten ist, weil er erkannt hat, daß die Leitung der Nazis mit unerbörten Lügen operiert.

Dieser Abbruchungsvertrag Klößners ist inzwischen von der Bezirksleitung der NSD Sachsen in der g. b. h. e. n. den Weile zurückgewiesen worden. Sein Austritt aus der NSD ist wahrscheinlich erfolgt, weil er für seine Lügenpropaganda nicht mehr genug Geld bekommen konnte. Ein neuer Beweis für die völlige Korruption der Nazis.

Die Empörung über diese Zustände ist so groß, daß uns eine solche Nazipropaganda in den letzten Tagen eine Reihe von interessanteren Enthüllungen gemacht haben, mit denen die Öffentlichkeit nur in den nächsten Tagen beginnen werden.

10 Pfennig pro Stunde, die jetzt durch die Schlichter auf Grund der Notverordnung durchgeführt wird. Der jährliche Gehalt, so auch in der mitteleuropäischen Wirtschaft, wird durch die Lohnabnahme aber noch viel größer sein. Für die mitteldeutsche heimische Industrie wird er ungefähr 15 Prozent betragen.

Die staatlichen Schlichter erhalten die Vollmacht, die Löhne, die ab 1. Januar 1932 gelten sollen, selbständig festzusetzen. Außerdem können sie nach Belieben alle Bestimmungen der Manteltarife ändern. Das bedeutet, daß sie die Arbeitsbedingungen herabsetzen, die Ferien kürzen, die Pausen kürzen, die Arbeitszeit verlängern und alle sonstigen Maßnahmen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen treffen können. Auch die Geltungsdauer der Tarife können vom Schlichter diktiert werden. Im 6. Teil der Notverordnung sind diese das Tarifrecht vollkommen aufhebenden Bestimmungen im § 2, Kapitel 1, ausdrücklich festgelegt.

Zur Durchführung dieses Lohnabbaus werden die sozialdemokratischen, christlichen und hitler-Dunkelsten Gewerkschaftsführer herangezogen, die auch bereits zugelassen haben, daß sie den geforderten Lohnabbau in Form von Zulageverträgen vereinbaren wollen.

Der Paragraph 3 des oben angeführten Teiles der Notverordnung bestimmt darüber folgendes:

1. Die auf Grund der Vorschriften des Paragraphen 2 vom 1. Januar 1932 ab geltenden Lohn- oder Gehaltsätze haben die Tarifvertragsparteien bis zum 19. Dezember 1931 in einem Nachtrag zum Tarifvertrag schriftlich festzulegen.

2. Entfallen dabei Reinigungsvereinfachungen oder erfolgt aus einem anderen Grunde keine Festlegung, so ist von den Tarifvertragsparteien dem örtlich zuständigen Schlichter oder, wenn der Geltungsbereich der Tarifverträge den Bezirk eines Schlichters übersteigt, dem Reichsarbeitsminister Kenntnis zu geben, der für diesen Fall einen besonderen Schlichter beauftragt.

Der Paragraph 4 bestimmt dann, daß bei einer Nicht-einigung der Tarifvertragsparteien die Lohn- und Gehaltsätze bindend durch den Schlichter festgelegt werden, und zwar so, daß sie nicht höher liegen dürfen als die entsprechenden Tarifverträge vom 10. Januar 1927. Es haben die diesen Tarifverträgen niedrigsten Lohn- und Gehaltsätze zu gelten.

Dadurch befähigt wird, was mir bereits gelang haben, daß der Lohnabbau weit unter dem Stand der Löhne und Gehälter vom Januar 1927 herabgeht, weil alle Sonderarbeitsbestimmungen automatisch in Kraftfall kommen.

In der Form der Kapitalisten und deren Beauftragten stehen alle sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht fest genug, um es gelagt werden, daß ohne die Hilfe der SPD-Führer diese ungeheuerlichen Lohnabbau-Bestimmungen, bei denen — nach Stegerwald — die Reichsregierung weitergegangen ist, als Mussolini in Italien, nicht hätten diktiert werden können. Die Aufhebung des Tarifrechtes, die völlige Unterwerfung unter das Diktat der Unternehmer, das völlige Preisgeben der ehemaligen Klassenkampf-Gewerkschaften durch die SPD und KPD führt sich in dieser Haltung aus. Wer nicht nur das.

Wie mir bereits berichtet, schweben Verhandlungen aus über die organisierten Vertreter der drei Gewerkschaftsrichtungen, der Christen, der hitler-Dunkelsten Arbeiter und der freien Gewerkschaften. Es geht auf die konfessuellen Interessen der Gewerkschaften, die im ADGB ebenfalls konfessuell getrennt. Ein reichliches Bekenntnis zum kapitalistischen Staat bringt die SPD zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Blickt man diese Fragen lebensfähig und ohne Voreingenommenheit, so kommt man zu dem Schluss, daß eine Vereinigung der Gewerkschaften völlig neue Verhältnisse für die Befreiung des republikanischen Staatswesens... darböte. Aus unserer Antwort auf die drei Fragen dürfte sich ergeben, daß zu mindestens in dieser Hinsicht die Gewerkschaften die Trennung rechtserfüllend sind.“

In der Tat, eine Trennung der Gewerkschaften läßt sich nach der Politik der SPD, KPD und Konjunktur in drei verschiedenen Richtungen nicht mehr rechtfertigen. Die Ergebnisse der letzten Tage haben für uns eindeutig bewiesen, die freien Gewerkschaftsorganisationen werden zerfallen und der hitler-Politik geopfert, die, wie wir es schon aus dem Munde des Reichsarbeitsministers des Brüning-Kabinetts gehört haben, weitergehebt ist als die Politik Mussolinis in Italien.

Metallarbeiter Mitteldeutschlands, erkennt ihr nun die elenden Proben, die noch am letzten Sonntag auf der Bezirkskonferenz des ADGB von den Führern, Handel und den anderen Bonzen gedrosen worden sind? Jetzt ist taktischer Zustand, jetzt wird das Diktat der Unternehmer erfolgen. Es ist ganz klar, nicht einen Finger werden die Gewerkschaftsbonzen rühren, um einen Kampf gegen das Lohnabbau zu organisieren.

Und ihr Chemienarbeiter seid in der gleichen Lage. Bekämpfung der Seite gegen die KPD, die gewerkschaftliche Kampforganisation des revolutionären Proletariats ist die einzige Antwort der Bonzen des Fabrikarbeiterverbandes auf die Lohnabbaupläne des Chemiekapitals.

Alles für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen durch rote Einheits in jedem Betrieb. Dafür ruft die KPD alle Arbeiter und Angestellten auf. Dafür fordert sie die Stärkung ihrer Reihen, als der einzigen gewerkschaftlichen Kraft, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten kann.

### Klagges verbietet SPD-Flugblätter

Der nationalsozialistische Innenminister Klagges hat durch das Polizeipräsidium in Braunschweig die Verbreitung eines von Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands herausgegebenen Flugblattes, in dem auf die Ereignisse in Braunschweig am 17. und 18. Oktober Bezug genommen wird, auf Grund der Notverordnungen vom 28. März und 6. Oktober verboten. Ein von der SPD herausgegebenes Flugblatt, in dem das Sozialerwerbprogramm veröffentlicht wird, wurde aus dem gleichen Grund verboten. Ein Flugblatt des ADGB-Ortsausschusses mit dem Titel: „Kopf hoch, gewerkschaftliche Selbsthilfe, gegen soziale Not und Bürgerkrieg“ wurde gleichfalls auf Grund der Notverordnungen verboten.

Klagges kann sich auf Notverordnungen stützen, die die SPD-Führer mit herbeigeführt und gebilligt haben. Die SPD-Führer brauchen nur fortzuführen, was die SPD-Führer vorgebereitet haben.

Einen besseren Anhaltspunkt unterliegt über die verwerfliche und konterrevolutionäre Rolle ihrer Führer können die SPD-Arbeiter nicht bekommen. Sie müssen einsehen, daß sie keinen Führer, die jene Notverordnungen nach immer tätigen, nicht mehr folgen könnten und sich einreihen in die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Lohnraub, Notverordnungen und Sozialismus.

# Karl Liebknecht und der „Burgfrieden“

## Liebknecht am 2. Dezember 1914:

„Zur Durchführung der gewissenlosen Regie, mit der der Krieg inszeniert wurde, zur Unterdrückung jeder Opposition, zur Vorspiegelung chauvinistischer Einmütigkeit des deutschen Volkes wurde der Belagerungszustand verhängt, die Press- und Versammlungsfreiheit vernichtet, das komplette Proletariat entwaffnet und zu einem höchst einseitigen „Burgfrieden“ gezwungen, der — dem tatsächlichen „Zustand“ schlecht verbrämt — nur eine stillistische Umschreibung der politischen Kirchhofsruhe ist.“

## Liebknecht vor dem Kriegsgericht 1916:

„Ich bin hier, um anzuklagen, nicht — um mich zu verteidigen! Nicht Burgfrieden, sondern Krieg ist für mich die Lösung! — Nieder mit dem Krieg! Nieder mit der Regierung! Nehmen Sie doch dem Volke die Knebel und Handschellen des Belagerungszustandes ab! Rufen Sie das Volk zusammen, hier und wo Sie wollen... Wo die Masse des Volkes stehen wird, wenn der Vorhang des Trugs von seinen Augen gerissen sein wird, ob bei Ihnen oder bei mir — ich zweifle nicht.“

# Badischer SPD-Innenminister Maier verschärft den Notverordnungsturs

## Ungeheuerliche Ausnahmebestimmungen gegen die antisozialistische Einheitsfront

WBS meldet aus Karlsruhe: „Der Minister des Innern hat angeordnet, daß in den Versammlungen sozialistischer Parteien und Organisationen nach wie vor in belagerungszustand die Versammlungen aufgeführt und aufgeleitet werden, ... Anweisung gegeben, daß Versammlungen, in denen, wenn auch in verkleideter Form, zu Gewalttätigkeiten aufgeleitet oder aufgeleitet wird, sofort aufgelöst sind. Versammlungen, bei denen solche Verträge beabsichtigt werden müssen, können verboten werden, oder jedenfalls nur unter Ausschluß solcher Redner zugelassen werden, welche zu Gewalttätigkeiten aufrufen... Den angeblich geschlossenen politischen Versammlungen, insbesondere angebliche Mitglieder-Versammlungen... soll in Zukunft eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. In Fällen von Verdacht öffentlicher Versammlungen einberufene Mitglieder-Versammlungen dürfen nur zeitlich oder örtlich ausserhalb getrennt, abgehalten werden.“

Für eine ganze Reihe bekannter Redner der SPD besteht bereits Verbot. So wurde dem Genossen Walter Chemnitz, M. D., ein Verbot für eine antisozialistischen Kundgebung die Willkür eines Rednerverbots gemahnt. Der neue Erfolg der sozialdemokratischen Innenminister richtet sich gegen die Tätigkeit der SPD und besonders gegen die Einheitsfronten.

Die neue Notverordnung der Brüning-Regierung ist erst in den letzten Tagen in Kraft getreten. Über bereits heute in der Front mit den Ergreiffungen mit den SPD-Geliebten. Maier hat bereits vor der neuen Notverordnung einen Schritt zum völligen Verbot öffentlicher Versammlungen getan.

## SPD-Polizeipräsident Grzelinski macht den Anfang

Die neue Notverordnung der Brüning-Regierung ist erst in den letzten Tagen in Kraft getreten. Über bereits heute in der Front mit den Ergreiffungen mit den SPD-Geliebten. Maier hat bereits vor der neuen Notverordnung einen Schritt zum völligen Verbot öffentlicher Versammlungen getan.

Auch damit wird bewiesen, daß es vor allem die SPD war, die politischen Bestimmungen der neuen Notverordnung gegen sich hat.

# Polizeioffiziere gegen Severing

## Entschließung der Polizeioffiziere zugunsten des faschistischen Polizeimajors Lewit — Das ist das Ergebnis von 13 Jahren sozialdemokratischer Koalitionspolitik

(Eig. Meldg.) Berlin, 10. Dezember.

Die Polizeioffiziers-Vereinigung, in der 90 Prozent aller preussischen Polizeioffiziere organisiert sind, nahm gegen folgende Entschließung an:

„Nach unserer Kenntnis der Tatsachen und nach unserer Einschätzung der Persönlichkeit des Polizeimajors Lewit ist es uns nicht zweifelhaft, daß er auch den Mitgliedern des Reichsbanners gegenüber den Gesetzen und Bestimmungen gemäß gehandelt hat. Deshalb sind die bisherigen Maßnahmen des Polizeipräsidiums von Berlin und des Ministers des Innern gegen Lewit unzulässig und unrichtig. Auch ist uns danach unverständlich, daß die Wahrgeltung Lewits ohne vorherige gründliche Untersuchung erfolgt ist. Nachdem das Schreiben, das wir in die rein rechtliche Handlungsbahn des Herrn Ministers des Innern legten, durch die sofortigen Maßnahmen gegen Polizeioffiziere, die am Volkseid teilnahmen, bereits eine nicht unerhebliche Erschütterung erlitten hatte, ist es nunmehr infolge der Art der Behandlung des Falles Lewit in Gefahr, verloren zu gehen.“

Wir bedauern auch, daß durch eine derartige Behandlung solcher Fälle in die Ausübung des politischen Dienstes der Polizeioffiziere und Polizeiamtswärter eine große Unsicherheit getragen wird, die sich leichter Endes zu Schaden der Bevölkerung auswirken muß. Wir betonen ausdrücklich, daß wir Polizeioffiziere

uns durch seine noch so schweren persönlichen Verdienste von der ordnungsgemäßen und unparteilichen Ausübung der Gesetze abbringen lassen dürfen und wissen uns dabei mit der Majors der Polizeiamtswärter einig.“

Diese Kampfanlage an Severing ist von größter Bedeutung. Die Entschließung enthält mit einem Schlage, daß die faschistischen Offiziere sich den Einfluss auf die große Masse der Polizeiamtswärter geltend machen. Diese Entschließung wird sozialdemokratische Koalitionspolitik unter allen Umständen aufrechterhalten und daß die sozialdemokratischen Minister meinen zur Festigung des Staatsapparates beitragen.

## Severing bricht die Beziehungen ab

Auf die Entschließung der Polizeioffiziersvereinigung wurde vom Falle des Majors Lewit hat der preussische Minister des Innern, Severing, heute ein Schreiben an die Vereinigung der Polizeioffiziere Preussens gerichtet, in welchem es u. a. heißt:

„Ich schreibe Ihnen, 7. Dezember d. J. umgibt mich das von Ihnen an mich gerichtete Schreiben in Aussicht gestellten Abbruchs der Beziehungen zur Polizeioffiziersvereinigung durch Ministerium des Innern und sämtliche ihm unterstellte Behörden nunmehr vorgekommen. Entschieden muß ich Ihre Forderung, in den Dienstbetrieb der Polizei Preussens einzugreifen, zurückweisen. Die mir übermittelte Stellungnahme ist inhaltlich richtig und unbedenklich, ihre Bekanntgabe an die Presse jedoch illegal.“

## So sieht Brünnings „Kampf“ gegen den Nazis aus!

Zentrum wählt in Hessen einen Fraktionschef Dr. Sests zum Landtagspräsidenten

Die gesamte sozialdemokratische Presse überschlug sich in Begeisterung über Brünnings Kampfanlage in Silesien. Das ist das einzige, womit den sozialdemokratischen Arbeitern die Isolierung selbst dieser Notverordnungen (siehe Seite 1) abzuwehren ist. Am 28. Dezember d. J. umgibt mich das von Ihnen an mich gerichtete Schreiben in Aussicht gestellten Abbruchs der Beziehungen zur Polizeioffiziersvereinigung durch Ministerium des Innern und sämtliche ihm unterstellte Behörden nunmehr vorgekommen. Entschieden muß ich Ihre Forderung, in den Dienstbetrieb der Polizei Preussens einzugreifen, zurückweisen. Die mir übermittelte Stellungnahme ist inhaltlich richtig und unbedenklich, ihre Bekanntgabe an die Presse jedoch illegal.“

Präsident Hoover kündigte außerordentliche Streikmaßnahmen an, um das laminarartige Anwachsen der Hauschirurgen einzudämmen.

Calandera, der frühere Ministerpräsident von Italien während der Zeit des Völkermordes, ist gelockt.



# Ceningrader Arbeiter am Wert

Genau, 9. Dezember. Der Beschluß des 34. Kommunalkonvents und des Rates der Volkswirtschaftler über den Umbau und Ausbau der Ceningrad in einem sozialistischen Geist...

In allen Betrieben ist bis heute zur kleinsten Abteilung der Beschäftigten in Kollektivverordnungen...

Nur einige Beispiele: Die Kollektivverordnungen der Betriebe sind durch die Beschäftigten...

Die Waggonabteilung hat beschlossen, das gesamte Waggonbauproblem für 1932 - 450 Waggon...

In allen anderen Betrieben, die Aufträge für das Programm haben, wird mit größter Begeisterung am Wert...

# Charbiner Provokation geächtet

## „Gpü.-Agenten“ als weisgardische Spitzel im Dienste Japans entlarvt

Peking, 9. Dezember. Das in Charbin erscheinende japanische Blatt „Charbin-tokei“...

und laut Feststellung der chinesischen Behörden...

Es ist jetzt endgültig festgestellt, daß es sich um ein japanisches Provokationsmandat handelte...

Die ganze infame Provokation gegen die Sowjetunion...

# Frankreich trumpsft in Basel auf

## Am Youngplan wird nicht gerüttelt - Eine amtliche Pariser Regierungserklärung

Basel, 8. Dezember. Der Sonderausschuss der Welt für Internationalen Zahlungsausgleich...

keinerlei Überberungsvorschlägen zustimmen werde...

Witten in dem Beginn der Baseler Reparationsverhandlungen...

Wichtig heißt es dann weiter nach dem offiziellen Baseler Bericht:

Die Erklärung - es handelt sich um eine amtliche Mitteilung der französischen Regierung...

Die französische Regierung lehnt es ferner ab, die Priorität der privaten Schulden...

# Hungerarmee stürmt das Kapitol

Washington, 8. Dezember. Bei der Eröffnung des amerikanischen Kongresses...

Die Hungerarmee ließ sich auf dieses Kompromiß nicht ein.

# Kurze Auslandsnachrichten

Beim Streik der Hafenarbeiter von Cotoche in Spanien...

# „Stillhalte“-Konferenz in Berlin

Gleichzeitig mit den Baseler Reparationsverhandlungen...

# Japan deckt die Karten auf

Telegramm unseres WB-Redaktionsmitgliedes in Moskau. Tokio, 9. Dezember. Der Direktor der Sidman-Bros. Bank...

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage erfordert, daß sich die bisherige Zeitplanung in ein Metall-, Maschinen- und Chemikalien...

# ASCHARRER Der große Befrug

Fortsetzung. (Copyright by Wolf-Verlag, Berlin-Wien)

Bei der Firma Hartmann & Fleisch wurde gemunkelt, daß die Vertrauensmann der Arbeiter...

Menschen. - Ja, wenn man nun müßte, was? Nimmt man zu den Klappen oder nicht?

„Kann nichts schaden“, antwortete ein anderer. „Manche glauben, sie bekommen doch noch die Klaffe mit.“

„Und Mansfeld hat auch unterschrieben...“ entsetzte sich ein dritter.

„Was soll er machen? Wenn er nicht unterschreibt, machen sie's ohne ihn.“

„Dann ging er wieder zur Tür hinaus in die Tischerei. Karl flohte neben die Befanmmachung der Direktion...“

„Kannst Dich wohl gar nicht daran gemöhnen, daß die Klammern doch auf den Hüftbälgen wandern...“

„Hast doch gesehen, daß die Sozialisierung jetzt beginnt.“

„Weißt du, was ich dir sagen möchte, das ist ein Unterfangen...“

„Du hast sie's geschafft!“ rief einer. „Was wollt ihr denn? Bekehrt doch, was ihr Eurer Firma...“

Mansfeld gab den Bericht. Das Demobilisationsamt habe den Antrag auf Stilllegung der Werke genehmigt.

„Ganz gleich“, fuhr er dann fort, „wie ihr entscheidet, Kollegen: die Belegschaft der Firma Hartmann & Fleisch wird auseinandergerissen.“

„Die Belegschaft der Firma Hartmann & Fleisch wird auseinandergerissen.“

„Der alte Arbeiter lacht bitter. „Der Moßer hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.“

„Sehr richtig!“

„Und das geschieht ins ganz recht!“

„Wir glauben nämlich, wir haben eine Resolution gemacht und merken uns mit einem Male, daß wir genau so wenig zu sagen haben, wie vorher.“

Das Ding ist faul!“ sagte einer, und brach damit das Gerede der Proleten, die sich schnell angeklammert hatten. „Am liebsten geht mit der Leiter.“

(Fortsetzung folgt.)

# Rund um den Erdball

Tausend Dorfbewohner durchsuchen den Grenzwald

## Die Suche nach den zwanzig Ermordeten

Wilde Erregung in den Grenzdörfern — Verhaftete Jagdhüter leugnen nach wie vor

Kaschau, 9. Dezember. Die Nachforschungen über die grauenhafte Missetat an den drei Bauernjungen im deutsch-holländischen Grenzwald bei Butzroef führen immer neue furchtbare Einzelheiten ans Tageslicht. Trotz dem der verhaftete Jagdhüter van der Glas und dessen Sohn nach wie vor jede Beteiligung in Abrede stellen, steht es nach offizieller Ansicht bereits fest, daß die beiden Verhafteten nicht nur die drei Bauernjungen, sondern darüber hinaus mindestens noch weitere 20 Wilderer ermordet und im Walde verscharrt haben.

Am letzten Sonntag hatten sich über tausend Bewohner der nahen Dörfer, die sich in wilder Erregung befinden, zum Zusammenkommen, um mit holländischen und deutschen Polizeibeamten die Wälder unter Aufsichtnahme von Polizeibeamten zu durchstreifen. Die Kriminalbehörden suchen vor einem Rittfel. Sie wissen angeblich keine Erklärung für die Motive zu finden, die Glas bei seinem jahrelangen verbrecherischen Treiben geleitet haben; das Massenmorden wurde ihm dadurch erleichtert, daß er als Jagdhüter eine Waffe führen und von ihr polizeilichen Gebrauch machen konnte.

Das vierte Todesopfer, der junge 20jährige Koebroef aus Pötkerholt, wurde von Einwohnern des Ortes Diergarde aufgefunden. Sie hatten auf die Nachricht von den ersten Verbrechen von sich aus Nachforschungen vorgenommen und die Stelle, wo die drei Ermordeten verscharrt waren, im Umkreis von etwa

500 Meter abgegrast. Dabei stießen sie in einer Tiefe von 20 Zentimeter auf eine Leiche, die bereits stark in Verwesung übergegangen war und mit hochgegangenen Knochen auf dem Rücken lag. Der Kopf war über den Kopf gezogen.

Ueber dem linken Ohr war ihm eine Revolverkugel in den Kopf gedrungen. Der Schuß muß aus allergrößter Nähe abgegeben worden sein, da der Schädel völlig zertrümmert war.

Durch Papiere, die sich noch in den Taschen des Anwesenden befanden, konnte einwandfrei festgestellt werden, daß es sich um den verschwundenen Koebroef handelte. Die Obduktion der Leiche ergab, daß er durch Erschießen getötet worden war.

Reinmünd 1932 . . .

Schleibtrier im Westfalen: „Vor 10 Jahren verhaftet wurde unsere Kap. Aber machen Sie sich, der Täter muß auf die Spur!“

## Sowjetjagde im Polarmeer

Plan für neue Expeditionen ausgearbeitet

Moskau, 9. Dezember. Das Arktis-Institut des Zoologischen Gartens hat einen Plan für eine neue Polarregion ausgearbeitet, deren Weg von Archangelsk, am Nordland vorbei, nach den Neuländischen Inseln, der Wrangellinsel, der Tschukotki-Halbinsel und dann weiter längs der Halbinsel Kamtschatka nach Wladivostok führen wird.

Die Expedition soll das Problem der Volksernährung in den nördlichen Randgebieten Sibiriens untersuchen und sich daneben mit hydrologischen, biologischen und meteorologischen Forschungen in der Arktis befassen.

## Dampfer mit sieben Mann vermißt

Der dänische Dampfer „Laura“ ist auf der Fahrt von Kopenhagen nach Valborg spurlos verschwunden. Man befürchtet, daß das Schiff, das sieben Personen an Bord hatte, im Sturm gesunken ist.

## Kraftwagen rast in Schülergruppe

In Garmisch fuhr ein Kraftwagen beim Anbiegen vor einer entgegenkommenden Straßenbahn in eine Schülergruppe. Ein Schüler wurde getötet, zehn verletzt.

## Chauffeurmörder Kabeleß

zum Tode verurteilt

Potsdam, 9. Dezember. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht Potsdam den 24jährigen Händler Johannes Kabeleß wegen Raubmordes zum Tode. Außerdem wurden ihm die „bürgerlichen Ehrenrechte“ auf Lebensdauer aberkannt. Kabeleß hatte am 24. Januar den Chauffeur König zu einer größeren Fahrt aufgefordert und ihn unterwegs hinter rücks erschossen.

## Lehrer und Künstler

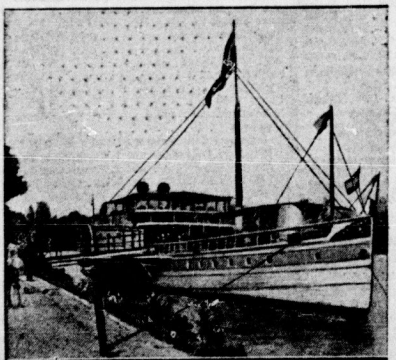
für die Wolgadeutsche Sowjet-Republik

Moskau, 9. Dezember. Wie der „Deutsch-Wolgadeutsche Presseblatt“ mitteilt, wurden in den letzten Wochen zahlreiche Lehrer aus allen Teilen des Reiches von dem hiesigen Reichsausschuss für die Wolgadeutschen zur Arbeit in der Republik der Wolgadeutschen verpflichtet.

Es wurden Lehrstellen sowohl an den wolgadeutschen Grundschulen als auch an verschiedenen höheren Schulen und Techniken in Engels, Wozneschenski usw. befreit. Außerdem fanden auch mehrere reichsdeutsche Schauspieler an dem Anfang Januar zur Gründung kommenden Deutschen Nationaltheater in Engels Anstellung.

## Doppelselbstmord

Der Raffelbeame Harber, der bei einer Nothode der Versicherungsgesellschaft beschäftigt war und sich aus Not Untertunlichkeiten hatte zuschulden kommen lassen, hat mit seiner Ehefrau Selbstmord begangen. Das Ehepaar wurde durch Gas vergiftet in seiner Wohnung tot aufgefunden.

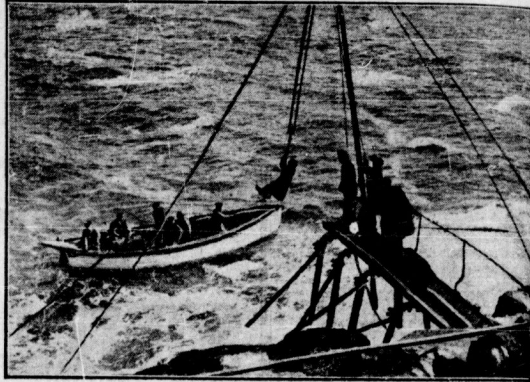


Schwimmendes Hotel auf dem Rhein

Das erste schwimmende Rheinhotel für zahlungskräftige wird in Ludwigshafen eröffnet. Es ist der außer Dienst gestellte Rheindampfer „Kurfürst“, der früher zwischen Mannheim und Rotterdam verkehrte. Das 76 Meter lange Schiff bietet über 1000 Personen Platz, außerdem sieben 20 Betten für Übernachtungen zur Verfügung.

## „Schichtwechsel“ im Leuchtturm

Eine Aufnahme vom Mannschaftswechsel auf einem Leuchtturm in der Nordsee, die so recht einen Begriff von der gefährlichen Arbeit gibt. Die Mannschaften eines Leuchtturmes müssen oft mehrere Wochen auf ihrem Posten ausharren, ehe sie abgelöst werden. Und wehe, wenn ein Sturm auf der See rast. Dann müssen sie ausharren, bis besseres Wetter kommt. Auch dann sind aber oft die Wellen noch so gefährlich, daß eine unvorsichtige Bewegung genügt, um die Besatzung des Lotsenschiffes und sich selbst in größte Gefahr zu bringen.



# Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

## Anatomie als Grundlage der Medizin

Wissenschaftler im Kampf gegen die Kirche

Die theobüchliche Scholastik nationalstaatlicher Studenten in der Anatomischen Anstalt der Berliner Universität, die bekanntlich einer Reihe naturwissenschaftlicher, bestreiter, unteren, deutschen Mitarbeiter, das Interesse der protestantischen Studenten einmal auf den Wert und die Bedeutung der anatomischen Wissenschaft hinweisen.

Die Anatomie ist die Grundlage aller medizinischen Forschung. Die Lehre vom größeren und feineren Bau der Organe des Körpers und ihrer Lage zueinander ist als älteste Zweig medizinischer Wissenschaft überhaupt anzufassen. Schon immer interessierte die Menschen die Frage, was bietet sich uns für ein Abbild dar, wenn wir einen Gegenstand, einen tierischen oder menschlichen Leichnam zerlegen. Die Zerlegungsmethode, methodisch angewendet, von Leichen höherer Lebewesen nennt man Anatomie. Die Fortschritte, die mit heute vom Körper und seinen einzelnen Organen haben, waren früher nicht bekannt. Mangelhafte Kenntnisse, bei denen jeder Forscher andere Hochschulen verwendete, geringe Verbreitung ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse führten zu einem fast völligen Stillstand dieser Ausgangswissenschaft der Heilkunde im Mittelalter.

Hinzu kommt, daß die Beschaffung von menschlichen Leichen zu Studienzwecken in den Kulturländern außerordentlich schwierig war. Die Vorurteile der damals allmächtigen katholischen Kirche, die Gefahren, denen sich auch weltbekannte Wissenschaftler und Forscher bei Verstoß gegen die Bestimmungen des Papstes und seiner benachteiligten Anhänger aussetzten (es lieh hier nur an Kopernikus und Keplert erinner), brachten es mit sich, daß jahrhundertlang ganze Studentengenerationen niemals Gelegenheit bekamen, das Innere einer menschlichen Leiche zu sehen. Die Schürferungen von Sectionen zur damaligen Zeit mußten wie Versammlungsberichte von Reichswärdern abgeben. In finsternen Kellern trafen sich Professoren und Studenten, denen es geblüht war, sich eine Leiche zu verschaffen; in den Ausgängen fanden ihre Wäpfe, und immer schwanden sie in der Gefahr, von den Höheren der Kirche ergriffen und als Ketzer grausig gefoltert und ermordet zu werden.

Nur so ist es erklärlich, daß man sich über die Natur und den Bau des menschlichen Körpers im Mittelalter so wenig machte. So glaubte man bis ins neungehnte Jahrhundert hinein,

daß die Leber der Sitz des Gefühlslebens und des Sitz der Seele sei. Ueber die Bedeutung des Gehirns hat man sich völlig im Unklaren. Viele Autoren nahmen einen direkten Zusammenhang zwischen Gehirn und Seele an, und im sechzehnten Jahrhundert glaubte man, daß der Schnupfen „perforierende Gehirnmasse“ sei!

Die Abbildungen aus damaliger Zeit mühen uns heute nicht an. Jeder zwölfjährige Schüler in der Großstadt weiß den Aufbau, Funktion und Zusammenhang der Organe und des Körpers mehr als die Studenten der damaligen Zeit. Mit der Einführung der Buchdruckerkunst endlich wurden die einzelnen Untersuchungsergebnisse nicht der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Theorien von einem Professor begründet, vom anderen widerlegt. Die Wissenschaft, insbesondere die Heilkunde, war so ausschließlich auf der Erfahrung basiert, Rechte sich neue Ziele setzen früher oder später gelang oder nicht gelangen wird.

Trotzdem ist auch heute noch der menschliche Körper nicht bis in seine Einzelheiten erschlossen. Vor allem die mikroskopische Untersuchung der Organe fördert immer wieder Neuesutage; und je weiter die Verbesserung der technischen Hilfsmittel voranschreitet, je tiefer wir in den feinsten Aufbau der Organe eindringen, desto klarer wird all das werden, für das wir bis heute noch keine Erklärung gefunden haben.

## Der aufrechte Gang des Menschen

Ueber die Frage des Verwandtschaftsverhältnisses zwischen Mensch und Affen ist eine ganze neue Theorie aufgetaucht. Diese nimmt an, daß nicht etwa die Menschenaffen sich von den hochentwickeltesten Affen zweigeteilt hätten, sondern daß ursprünglich dem Menschen und Affen eine Reihe von Eigenschaften gemeinsam gewesen seien. Der Mensch ist in der Entwicklung stehen geblieben, während die Affen sich weiterentwickelten. Als Beweis dafür nehmen die Begründer dieser Theorie den aufrechten Gang und die Stellung der Zähne an. Die Form des menschlichen Fußes ist ein Ueberbleibsel aus einer Zeit, als sich unter den Säugetieren die Vierfüßigkeit zum Vierfüßigkeit der Affen noch nicht entwickelt habe. Während alle menschlichen Affen Vierfüßler sind, steht hinsichtlich der Fortbewegung der Menschen, der nur aufrechten Gang, der Mensch im Gegensatz zu den Affen.

Dr. Swienty

30  
(Telegram  
Zoll  
Schwerf  
in der  
lang der  
Hekt  
Die ge  
ber Kaiser  
wie Japan  
Nahrung  
Schulter  
japanische  
behalten  
Bedeutung  
nach Japan  
nahmen zur  
schädel  
in der Kaiser  
Der Entwurf  
nach Japan  
Die Ma  
Kilometer  
Leibenden  
sind.

Ku  
Beim St  
wurden zwei  
Gewerkschaft  
In Korbe  
gerung. Bei  
Die Geme  
mit einer Lok  
erklärt. Unter

A-SCHA  
Der  
Be

Fortsetzu  
Bei der M  
Zur gefühl  
und Betrau  
sein Unter  
ber Ruhe  
wäre gefühl  
Zeit heimlich  
an Kälte  
man & Flei  
Sowjet belei

„Anfolge  
hat wir leid  
der Wiedere  
untere Krie  
Einverständ  
behalten —  
sich von 30  
Karl. M  
Verhandlung  
hat die berr  
zu Hause  
im Kollat  
Sowjet  
„Der Die  
Schweigen  
haben gefühl  
für unfe



### Berlin-Weissenhofler Kampfschlus mit dem Zurückweichen

Die Berlin-Weissenhofler Braunfabrik AG hat für die Kämpfer des Braumbetriebes Wählig stillgelegt. Es sind nur einige Kameraden auf dem Braubetrieb beschäftigt. Am 15. Dezember sollen auch die Entlassungen erfolgen. Die Belegungen des Betriebes sind auch überflüssig geworden. Es ist genügend Rohle freigelegt.

Die Bergarbeiter haben vor allen Dingen Größe aus sich gemacht. Sie sind bereit, die Arbeit zu tun, die ihnen durch die Vorkämpfer der Bergarbeitervereine eingelegt und von den SPD-Kollegen haben das noch gebilligt.

Es ist nicht so anders aus. Heute stehen sie alle. Die Belegschaft hat sich immer weiter abwärts gehend, wenn sie sich gegen die Maßnahmen nicht wehren.

Die Belegschaft darf nicht dulden die Entlassung der letzten Arbeiter und Bagarreute. Streit ist die Lösung. Der ganze Betrieb liegt in der Hand der Arbeiter. Die profitgierigen Unternehmer ihre Interessen nicht aufgeben. Innerhalb weniger Stunden gibt es keinen Kampf mehr, nur wenn die Belegschaft geschlossen steht.

Es geht nicht nur um die Verhinderung neuer Entlassungen geht, sondern es geht gegen Lohnabbau, Feiertagen und für Wiederbeschäftigung bereits entlassener Arbeiter. Stützt die Betriebsgruppe die SPD, so wird der Kampf gegen die Entlassungen von dem sozialdemokratischen und Gewerkschaftsfolgen werden die Einzelkämpfer ihren Mann stehen, wenn eine gründliche Organisationsarbeit geleistet wird.

### Die Belegschaft vom Kiefernacht muß geschlossen stehen

Die Belegschaft des Kiefernacht (Kiefernacht) (Kiefernacht) hat sich aufgelöst, sein Mandat niederzulegen, und zwar wegen der Betriebsabwicklung.

Die Kiefernacht ist bis jetzt dem Ansehen der Belegschaft nicht gekommen. Und das mit Recht. Aber von seinen Freunden, von den Kiefernacht, hat er einen bestimmten Erfolg nicht bekommen.

Die Kiefernacht ist bis jetzt dem Ansehen der Belegschaft nicht gekommen. Und das mit Recht. Aber von seinen Freunden, von den Kiefernacht, hat er einen bestimmten Erfolg nicht bekommen.

Die Kiefernacht ist bis jetzt dem Ansehen der Belegschaft nicht gekommen. Und das mit Recht. Aber von seinen Freunden, von den Kiefernacht, hat er einen bestimmten Erfolg nicht bekommen.

### Weiter und Angekettete in eine Front

Die Arbeiter wie für Angekettete wird das Los, bei der Wansfeld zu kämpfen, immer untragbarer. Ich las im Organ des Arbeiterverbandes der Angeketteten jüngstens einen Artikel, in dem es von Subventionen, die der Staat an die Unternehmer gewährt, die die einzelnen Kämpfer denkt. Geschlossene Kampf zur Verteidigung des nackten Lebens ist das Gebot der Stunde.

Die Subventionen den Arbeitern und Angeketteten gegeben? Ja, haben sie nicht formale Subventionen gegeben? Waren nicht die großen und die kleinen Subventionen dauernd in Berlin?

Die Subventionen den Arbeitern und Angeketteten gegeben? Ja, haben sie nicht formale Subventionen gegeben? Waren nicht die großen und die kleinen Subventionen dauernd in Berlin?

# Leuna mobilisiert zum Kampf

## Saboteure der roten Einheitsfront und am Wert - Die Gewerkschaftsbürokraten übernehmen die Rolle der Nazis - Die Belegschaft will Einheit und Kampf!

Am 8. In den ersten Leuna-Berufungen haben sich bereits die gefährlichsten Feinde der Arbeiterschaft entlarvt, nämlich die Saboteure der roten Einheitsfront. Der wachsende Kampfwille der Belegschaft hebt ihnen nicht. Auch nicht die klare, eindeutige Stellungnahme der roten Betriebsräte. Die Bürokraten Walther, Hoyer, Schneider, Tenhagen usw. wollen mit der Einheitsfront nur ein elendes heuchlerisches Spiel treiben. Eine sachliche Kritik, die die roten Betriebsräte an der Lohnabbaupolitik der Gewerkschaftsbürokraten ansetzen, wird von den reformistischen Leuna-Batalien umgeben in „gefällige“ Angriffe auf Arbeiterführer.

Die Bürokraten sehen ihre Stelle nicht gefährdet. Sie sehen, daß sich ohne sie und gegen sie eine rote Kampfbewegung in den Betrieben bildet. Deshalb treiben sie eine nichtswürdige Bogymache gegen die RGO-Funktionäre. Sie übernehmen die Rolle der Nazis, die bisher erfolglos mit ihrer blutrünstigen Agitation die Belegschaft von der Kampfstellungnahme zum bevorstehenden Lohnabbau abzuhalten versuchten!

Es nützt aber alles nichts. Die Belegschaftsversammlung in Vorbereitung hat sich als erste für den Kampf entschieden. Gegen die Stimmen einiger fanatischer SPD-Kollegen wurde von der Versammlung einstimmig folgende Kampfbekanntmachung angenommen:

„Die Belegschaftsversammlung nimmt mit Entschiedenheit Stellung gegen die neuen Lohnabbauentscheidungen, die von der RGO-Führung durchgeführt werden. Das Inkrafttreten des Lohnabzuges von 4-5 % pro Stunde ist ein glatter Betrug der am 20. April getroffenen Vereinbarung, daß dieser Lohnabbau für Arbeiter nicht eintreten soll. Der Betriebsrat wird beantragt, gegen die Durchbrechung dieser Abmachung, die bei den letzten Tarifverhandlungen getroffen wurde, Einspruch zu erheben.“

Die Belegschaft ist entschlossen, diesen neuen Lohnabbau mit aller Kraft abzuwehren. Die Versammlung fordert weiter, daß keine Abzüge an Prämien, Postenmehrmehlgeltern usw. erfolgen. Sie fordert erneut deren Umwandlung in festen Lohn. Die Kündigung des Lohnabzuges soll nach dem Willen der RGO-Führung wiederum neuen Lohnabbau bringen.

Angesichts der mehr als 100 Millionen Ueberflüsse der RGO-Führung werden diese fortgesetzten Lohnkürzungen direkt auferlegend auf die Belegschaft! Diese Wirkung wird durch neue Notverordnungen noch verstärkt!

Die Versammlung begrüßt deshalb, daß sich feste Anzeichen eines einheitlichen Widerstandes im Kampf gegen Lohnabbau und Faschismus zeigen. Der sich bildende Einheitsfront gegen Lohnabbau und Faschismus im Leuna-Wert wird fortgesetzt durch neue Vorkämpfer aus den Reihen der Leuna-Arbeiter und Angeketteten verstärkt.

Die Nazis hatten mit ihrer frechen Versammlungskampagne und ihrer blutrünstigen Agitation die Aufgabe, die Arbeiterschaft vom Kampf gegen den Lohnabbau abzuhalten. Sie haben aber erreicht, daß ihrem Manöver die kämpfende Einheitsfront entgegensteht. Diese im Kampf gegen den Faschismus geschlossene gemeinsame Front wird jetzt auch im Kampf gegen den Lohnabbau mit allen der Arbeiterschaft zu Gebote stehenden Nachmitteln jede Verschiebung geschlossen abwehren.

„Vorwärts zum Kampf für den Sechsfundeltag mit vollem Lohnausgleich auf Kosten der Millionendiebende der Aktionäre!“

### Notverordnung Brünings!

**Antwort:**  
Massenaufnahmen für die RGO!  
Werbung von „Klassenkampf“-Abonnenten in jedem Betrieb!

Die Entschließung auch ihren Widerstand in den Betrieben finden durch die Wahl von Kampfleitungen auf der breitesten Grundlage.

# BWB-Bonzen für Vernichtung der „Clara“

## Andreas und einige reformistische Betriebsräte für Stilllegung des Industriegebiets Gröbers

Am 2. Am Dienstag nachmittag wurde erneut in einer Betriebsratsung zur Stilllegung der Grube „Clara“ Stellung genommen.

Durch die roten Betriebsräte wurde dann folgende Resolution eingebracht:

„In der letzten Betriebsratsung wurde durch den Landrat Streicher der Vorschlag gemacht, die Verhandlungen abzubrechen und mit der Regierung erst über die Stilllegung zu verhandeln. Dabei hat sich herausgestellt, daß trotzdem durch die Grubenleitung alle Maßnahmen zur weiteren Stilllegung getroffen wurden und die Grubenleitung hat also kein Interesse an der Fortführung des Betriebes, sie will die vollständige Vernichtung. Über 200 Arbeiter sollen dem Maschinenbau ausgeliefert werden. Schon jetzt können die Gemeinden keine Unterhaltung mehr zahlen. Durch die Stilllegung wird in diesen Gemeinden das Elend noch viel größer.“

„Deshalb sind wir gegen die Stilllegung und fordern alle Arbeiter, Angeketteten und Kleinrentnerbetrieblenen auf, den energischen Kampf gegen diese Maßnahmen zu führen. Am Mittwoch soll das letzmalige gefordert werden, am Donnerstag will man die Kabel aus der Grube entfernen. Das bedeutet die Vernichtung der Grube.“

Wir fordern daher die sofortige Weiterführung des Betriebes durch die Arbeiter und Angeketteten, die sofortige Belieferung der Saalfeldorte mit elektrischem Strom aus diesem Wert, die

sofortige Abgabe von verbleibendem Strom an die Arbeiter und Angeketteten, Kleinrentnerbetrieblenen und Kleinrentner.

Die sofortige Abgabe von Strom kostenlos an die Erwerbslosen, Kleinrentner und Invaliden im Saalfeld, Bezahlung des Stromes durch den Kreisausstoß.

Die sofortige Abgabe von Anorbentkosten kostenlos an die Erwerbslosen.

Um die Stilllegung zu verhindern, muß am Mittwoch, 15. Uhr, eine Belegschaftsversammlung stattfinden unter Hinzuziehung eines Vertreters der RGO und des BWB.

Gleichzeitig fordern wir alle Arbeiter auf, sich einzufinden für obige Forderungen und die Betriebsstilllegung zu verhindern.

Gröbers, den 8. Dezember 1931.

Die Betriebsräte der roten Einheitsfront.

Der Betriebsratsvorsitzende wollte sofort über die Resolution abstimmen lassen, wurde aber durch den „Gewerkschaftsführer“ Andreas, Halle, daran gehindert. Andreas nahm scharf gegen diese Entschließung Stellung, daß man auf keinen Fall für die Entschließung eintreten könne und eine Abstimmung darüber nicht stattfinden darf. Der Betriebsratsvorsitzende Dietrich ließ daher abstimmen, mer für die Abstimmung über die Entschließung ist. Die zwei roten Betriebsräte und der Betriebsratsvorsitzende waren dafür. Der Einzelrentnervertreter und die Betriebsräte Gonnard und Reuber waren für die Ansicht Andreas'. Sie sehen sich also mit ein für die Vernichtung der Grube „Clara“.

# Sie ist gut



# Sie ist billig

## darum auch Deutschlands meistgerauchte Cigarette %M.













